

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

20. Jahrgang 1972

I. Heft / Januar

PIERRE MIQUEL

VERSAILLES IM POLITISCHEN MEINUNGSSTREIT FRANKREICHS 1919–1926*

Von den großen Friedensversammlungen, deren Aufgabe es war, jeweils nach Ablauf eines gewissen Zeitraums Europa ein neues Gesicht zu geben – beispielsweise dem Westfälischen Frieden oder dem Wiener Kongreß –, unterscheidet sich die Versailler Friedenskonferenz äußerlich nur wenig. Man kann allenfalls sagen, daß sie, verglichen mit jenen zähflüssigen europäischen Beratungen, die eine neue, wenn auch anfechtbare internationale Ordnung geschaffen haben, nur kurze Zeit (sechs Monate) in Anspruch nahm und schnell zu definitiven Beschlüssen gelangte.

Dennoch weist der Versailler Friede gegenüber den großen Friedensschlüssen, die ihm voraufgingen, einige bedeutsame Unterschiede auf:

erstens wollte er Unrecht wiedergutmachen und einen Schuldigen strafen, erhob also den Anspruch, im Namen der internationalen Moral zu handeln;

zweitens setzte er sich selbst absolut und endgültig: er nahm für sich in Anspruch, dem Krieg ein Ende zu machen;

drittens erhob er den Anspruch auf Gültigkeit für die Welt, nicht nur für Europa: er wollte also den europäischen Problemen Lösungen geben, die überall auf der Welt gültig sein würden.

Versuchen wir diese drei Ansprüche zu analysieren, um sodann die Konsequenzen dieser ersten weltweiten Regelung zu betrachten.

I. Die drei Ansprüche von Versailles

1. *Den Schuldigen strafen*: Gegen die deutsche Schuld am Kriege erhebt sich nicht der geringste Zweifel; sie wird von sämtlichen Kriegführenden vertreten, jedoch unter verschiedenen Aspekten und mit wichtigen Nuancen¹.

* Text eines Vortrags bei einem deutsch-französischen Historikertreffen in Grainau/Obb., 1969. Vgl. auch das inzwischen erschienene Buch: Pierre Miquel, *La Paix de Versailles et l'opinion publique française*, Paris 1971.

¹ So verlangen Anfang 1919 gerade die Engländer in einem Teil ihrer Presse besonders dringend die Bestrafung der „Kriegsverbrecher“.

Für Poincaré und die große Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung ist dieser Krieg der Krieg des Rechts gegen die Macht gewesen, und in einem solchen Glaubenskampf republikanischer Freiheit gegen kaiserliche Tyrannei muß die ob-siegende Freiheit das Böse strafen, entmachten, austilgen. Man muß auf Deutschland die Therapie der Teufelsaustreibung anwenden, seine bösen Geister verjagen. Man darf zwischen Deutschland und dem Kaiser keinen Unterschied machen. Dabei gehören die Franzosen übrigens nicht zu denen, die mit großem Geschrei die Aburteilung des Kaisers fordern. Im Gegenteil: eine Kommission von Juristen wird gebildet mit Professor Larnaude als Vorsitzenden, und sie erstattet ein äußerst maßvolles Gutachten: Das Problem ist nicht, den Kaiser, sondern Deutschland zu strafen, ihm seine Missetaten zum Bewußtsein zu bringen; es trägt die alleinige Schuld am Kriege.

In dieser Hinsicht ist die Auffassung Poincarés, Clemenceaus und aller Mitglieder der französischen Regierung eindeutig. Hat man den französischen Sozialisten seit Juli 1914 immer noch nicht oft genug gesagt, daß sie von ihren deutschen Genossen zum Narren gehalten wurden, daß die Sozialdemokratie wie ein Mann für die Kriegskredite Wilhelms II. gestimmt hat? Nein, es gibt keinen Zweifel darüber, und es darf keinen Zweifel darüber geben, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, einschließlich der Sozialdemokraten, mit seinem Kaiser solidarisch war. Es verdient also die Strafe des Friedens, eines „Bismarckfriedens“.

Der Beweis? Im Februar 1919 entgeht Clemenceau an der Ecke der Rue Franklin mit knapper Not dem Attentat des Anarchisten Cottin. Er wird von mehreren Kugeln getroffen, von einer in die Brust. Ein paar Tage später ermordet ein bayerischer Student und ehemaliger Leutnant auf der Straße in München den jüdischen Führer der Unabhängigen Sozialisten, Kurt Eisner. Wie reagiert die französische Presse? Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken mit überschwenglichem Lob für den deutschen Parteiführer. Der Grund? Eisner war, mit Kautsky, einer der wenigen, die auf der Sozialistenkonferenz in Berlin, Anfang 1919, die These der deutschen Kriegsschuld vertreten hatten. Während die Mehrheitssozialisten bereits für die These einer geteilten Verantwortlichkeit kämpften, hatte sich Eisner darüber entrüstet, daß man von der Schuld des deutschen Nationalismus auch nur das Geringste abstreichen wollte. Das „Echo de Paris“, die „Action Française“, der „Figaro“ können für den ehrlichen Eisner nicht genug Worte der Anerkennung finden. Je höher man Eisner erhebt, desto mehr macht man die französischen Sozialisten herunter, die mit ihren deutschen Genossen den Wunsch hegen, die These einer Verteilung der Kriegsschuld durchzusetzen.

Wie läßt sich dieser französische Wille zur Bestrafung Deutschlands erklären? Versuchen wir, seine Motive festzustellen.

Das erste Motiv wurzelt in der Niederlage von 1870 und dem Frieden von 1871. Es gilt, eine Schande für das nationale Selbstgefühl auszulöschen, das im Kriege seine höchste Steigerung erfahren hat. Spürt man der Entwicklung des Revanchegedankens nach, so wird man gewahr, daß hier zwei große politische Richtungen Frankreichs ihre Suppe gekocht haben.

Zunächst gilt dies für das Frankreich der Linken, jenes, das die Kommune überdauert hat: das Frankreich der Linken – nicht der äußersten Linken –, das Frankreich Clemenceaus und der Jakobiner, Gambettas und der Loire-Armee, der Belagerung von Paris und der Fesselballons; jenes Frankreich, das in bezug auf die Revanche sagt: „Immer daran denken, nie davon sprechen“, das an die „immanente Gerechtigkeit“ appelliert, jene immanente Gerechtigkeit, welche die Rede des Präsidenten Poincaré zur Eröffnung der Friedenskonferenz am 16. Januar 1919 schmücken sollte. Dieses Frankreich der Linken tritt ein für die Revanche, für das Volk in Waffen, für die Übernahme des preußischen Schulmeisters durch Frankreich, der die Kinder den Gebrauch sowohl der Feder als auch der Flinte lehren soll.

Bis zur Affäre Boulanger züchtet dieses Frankreich der Linken die patriotische Blume im republikanischen Gewächshaus. Als jedoch jener „linke“ General die Republik in die Luft zu jagen droht, rückt der Revanchegeanke bei der Linken plötzlich an die zweite Stelle und – wird von grundlegender Bedeutung für die Rechte. Die französische Rechte, lange Zeit Gegnerin der Republik, wird mit einem Male Erbin der Tradition der Revanche, die von Barrès, Maurras und Déroulède gemeinsam zelebriert wird. Stark damit beschäftigt, das Kirchengut zu plündern, vergißt die antiklerikale Linke zeitweilig die blaue Linie der Vogesen und das linke Rheinufer.

Doch nach der zweiten Marokko-Krise kommt sie darauf zurück. Die „Union sacrée“ des August 1914 ist – gegen den „treulosen“ Caillaux – bereits 1911 politisch möglich. Als im Januar 1913 Poincaré für die Präsidentschaft der Republik kandidiert, wird er paradoxerweise, so behaupten seine clemencistischen Gegner, mit den Stimmen der Rechten gewählt. Er kommt ja an sich von links. Aber wenn dieser „Verräter“ Poincaré – der ohne die Billigung des Koalitionsausschusses der Linken kandidiert –, Poincaré, den der Freimaurer Léon Bourgeois gegen Clemenceau lanciert, und dem der Graf Mun im stark katholisch eingestellten „Figaro“ Weihrauch streut² – im Januar 1913 gewählt wird, so nicht nur mit den Stimmen der Rechten, sondern zum Teil auch der Linken. Über seine Person kommt es bereits zur Vorform eines republikanischen Zusammenschlusses im Zeichen des Revanchegedankens, der nationalen Idee. Die Einigung der Republikaner vollzieht sich „unter der Fahne“.

Denn der eigentliche Gegner des „Poincarismus“ ist nicht Clemenceau, sondern Caillaux. Caillaux, der böse Geist des Krieges, der Teufel, der aus dem Kasten springt, sobald die Einigkeit gefährdet erscheint, ist in vieler Hinsicht die Inkarnation des Anti-Revanchismus. Caillaux, der bei den Wahlen vom Frühjahr 1914 zusammen mit Jaurès mit der Parole „Frieden zuerst“, „Frieden um jeden Preis“, gesiegt hat, ist nicht vom Gedanken an Elsaß-Lothringen besessen. Er ist der Mann der Verhandlung, der Verständigung, der gegenseitigen Konzessionen.

² Zur Entscheidung der Rechten für Poincaré trug wesentlich der Artikel des Grafen Albert de Mun im „Figaro“ bei, betitelt „Défense autour du drapeau“.

Er hat es ja 1911 bewiesen; in der zweiten Marokko-Krise hat er sich seinen Ruf erworben. Gegenüber dem Lothringer Poincaré, gegenüber dem sturen Clemenceau ist er der Mann des Verzichts, der sachlichen Auseinandersetzung, des Friedens. Im Jahre 1917 wird er, er mag es wollen oder nicht – und seine Memoiren bezeugen daß er es nicht will –, in der nationalistischen Presse ständig als Vertreter eines „weißen Friedens“, als Anwalt einer Versöhnung hingestellt.

Es richtet sich gegen ihn und gegen ihn allein, wenn Poincaré sich 1917 entschließt, die Macht dem Manne zu geben, den er am meisten verabscheut: Clemenceau. Als die republikanische Mitte schwankt, als man der Briand-Gruppe, ja sogar der Ribot-Gruppe eine Schwäche für baldigen Frieden, einen Frieden ohne Siegnachsaht, sieht Caillaux seine Stunde kommen; aber die Furcht vor Caillaux ist stark genug, um die „Union sacrée“ zweiten Aufgusses – von der die Sozialisten ausgeschlossen sind und auch schon jene Gruppe, die man „anti-France“ nennt – das letzte Karree des großen Krieges bilden zu lassen: Clemenceau an der Macht – das heißt Caillaux im Kerker; und Caillaux im Kerker heißt Siegfriede oder Niederlage.

All das erklärt, warum *die* Franzosen, die an den Versailler Beratungen teilnehmen, sowie jene Kreise, die sie politisch stützen oder antreiben, Deutschland gegenüber nicht anders als unnachsichtig sein können. *Sie* haben den Krieg bis ans Ende durchgehalten, mit dem Ziel, den Feind ein für allemal zu entwaffnen. Sie wollen vor den Toren Frankreichs keinen intakten Gegner lassen. Der Krieg ist kein Spiel, sondern ein Verbrechen, und dieses Verbrechen muß gesühnt werden: das ist die Sprache Poincarés in seiner Rede vom 16. Januar 1919.

Es ist nicht die Sprache von Lloyd George und Wilson. Lloyd George hat Ende 1918 in England seinen Wahlkampf mit der Parole der Bestrafung des Kaisers und der Bezahlung des Krieges durch Deutschland geführt. Die Engländer wollen „Kriegsverbrecher“. Und man erkennt, warum! Der „Manchester Guardian“, der Lloyd George gern unterstützt, ist sehr bereit, zwischen dem unglücklichen, mißbrauchten, ausgebeuteten deutschen Volk und seinen verbrecherischen Herren einen Unterschied zu machen. Die deutsche Revolution dient der Bestätigung dieser These. Die Deutschen selbst haben sich ihrer Bedrücker gewaltsam entledigt. Aburteilung des Kaisers – heißt Freispruch für sein Volk. Natürlich muß man Deutschland den Krieg bezahlen lassen. Doch das ergibt sich nicht aus einem Verbrechen. Die Zahlung einer Kriegsentschädigung an den Sieger entspricht der Tradition europäischer Friedensschlüsse. Im übrigen ist die Formel Lloyd Georges – in einer seiner Wahlreden von 1918 – bewußt doppelsinnig gehalten: „Deutschland soll bis zum letzten Pfennig zahlen, den es zahlen kann.“

Wilson seinerseits fordert gar nichts. Wohl ist er für „Wiedergutmachung“, aber er ist gegen Kriegsentschädigungen. Befriedigt über den Rücktritt des Kaisers, hat er als erster die Theorie der Unterscheidung zwischen dem deutschen Volk und seinen schuldigen Beherrschern entwickelt. Keinesfalls soll man daher, nach Ansicht Wilsons, Deutschland bestrafen. Man muß dort nur in ausreichendem Maße neue politische Institutionen schaffen, die so etwas wie den deutschen Imperialismus hin-

fort unmöglich machen. Diese Auffassung steht freilich in diametralem Gegensatz zur französischen. Und Clemenceau stellt diesen Gegensatz in seiner berühmten Kammerrede Ende Dezember 1918 klar heraus³. Die Regelung, die Wilson vorschwebt, ist für Clemenceau ohne jeden politischen Wert. Nicht nur will dieser Deutschland bestrafen, er will Deutschland auch, nach Bismarckschem Muster, mit einem eisernen Gürtel „guter und fester Bündnisse“ umschließen. Man schreckt von Angriffen nicht durch Worte und „Papierfetzen“ ab, sondern nur durch „Realitäten“. Womit wir das zweite Motiv der französischen Vorstellungen vom Frieden berühren: Mißtrauen gegen Deutschland, das als „Erbfeind“ an die Stelle Englands getreten ist. Mit Behagen widmet sich die französische Presse dem Thema vom „ewigen Deutschland“, das sich durch die Niederlage nicht geändert, ja, seine Niederlage nicht einmal anerkannt und daher aus dem Drama keine Lehre gezogen hat. Man muß ihm einen harten Frieden nicht nur deshalb auferlegen, weil es schuldig ist, sondern auch, weil es sich nicht als schuldig bekennen will. Von diesem Standpunkt aus wird Deutschland wie ein minderjähriger Verbrecher angesehen. Ein Richtspruch gegen einen solchen ist zwecklos, weil er ihn gar nicht versteht und daher falsch auslegt. Es genügt somit nicht, Deutschland zu richten und zu verurteilen, man muß es auch, und zwar dauernd, überwachen.

So erklärt sich die französische Vorstellung vom bewaffneten Frieden, die von den Angelsachsen eindeutig abgelehnt wird. „Überwachung“ Deutschlands bedeutet eine neue Festsetzung der Grenzen und eine längere Besetzung des Rheinlandes. Wilson und Lloyd George wollen von einer solchen Überwachung nichts hören. Doch wird gerade dieser Gedanke Anfang Dezember 1918 von Foch in Downing Street vertreten: man muß zwischen Frankreich und dem Rhein, nämlich auf dem ganzen linken Rheinufer, eine von Deutschland abgetrennte Zone schaffen, die nicht lediglich entmilitarisiert werden soll. Foch gedenkt vielmehr mit den Belgiern und der linksrheinischen Bevölkerung eine gemeinsame Streitmacht zu bilden⁴.

Der französische Generalissimus wird an diesem Standpunkt nicht lange festhalten. Anfang 1919 hat er bereits eine Entwicklung durchgemacht. Er begnügt sich jetzt mit der Forderung einer Entmilitarisierung des linken Rheinufers, einer Grenzberichtigung an der Saar (d. h. der Grenze von 1814), sowie einer Besetzung von Brückenköpfen auf dem rechten Rheinufer bis zur Bezahlung der Reparationen. Dies wird bis Februar 1919 der offizielle Standpunkt der französischen Regierung, wie aus den Memoiren Tardieus⁵ und den Papieren Loucheurs hervorgeht⁶.

Es ist schwer zu sagen, wie weit Clemenceau gewillt war, für diese militärische Konzeption der Überwachung Deutschlands seinerseits zu kämpfen. Es ließe sich

³ In dieser Rede sprach Clemenceau von der „noble candeur“ des Präsidenten Wilson.

⁴ Vgl. den „Fonds Clemenceau“ im Kriegsarchiv zu Paris.

⁵ André Tardieu, *La Paix*, Paris 1921.

⁶ Nachlaß Loucheur, Hoover Library, Stanford; vgl. auch Louis Loucheur, *Carnets secrets 1908–1932, présentés par Jacques de Launay*, Bruxelles 1962.

denken, daß er diese maximale Forderung nur vertrat, um von den Angelsachsen effektive Sicherheiten dafür einzuhandeln. Deutlich ist, daß Clemenceau Foch – zum größten Zorn des Generalissimus – fallen läßt, als Lloyd George und Wilson die britisch-amerikanische Garantie anbieten. Jedenfalls bedeutet Garantie oder Besetzung – oder beides zusammen – vom französischen Standpunkt gleichermaßen: daß Deutschland unter Überwachung gestellt werden soll, damit Frankreich nicht noch einmal unversehens überfallen wird.

Das dritte französische Motiv: „Deutschland bestrafen“ heißt nicht nur – seine immer latente Aggressivität entmutigen, es heißt auch die Kriegskosten bezahlt bekommen, den Wiederaufbau des zerstörten Gebiets ermöglichen. Hier erhält der Schuldbegriff erst seinen vollen Sinn. Denn wenn Deutschland nicht für schuldig erkannt wird, wie soll man ihm die Zahlung der Kriegskosten auferlegen? Nun hatten Frankreich und England 1918 wirklich Schulden. Die Vereinigten Staaten sind finanziell die Sieger, sie haben den Krieg finanziert, sie wollen ihr Geld zurück haben. Wer soll zahlen? Der französische und der britische Steuerzahler? Der deutsche Steuerzahler? Es gibt im Europa von 1918 diesseits wie jenseits des Rheins keinen entsprechenden Steuerzahler, niemand kann zahlen. In seinem Anfang 1920 in London erschienenen Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedens hat Keynes, der der britischen Delegation in Versailles als Sachverständiger angehörte, diesen allgemeinen Bankrott festgestellt. Europa ist nicht mehr der Bankier der Welt. Das französische Vermögen ist in Rußland, in Mexiko, in Österreich-Ungarn verloren gegangen; der seit den Zeiten Bonapartes stabile Franc ist plötzlich abgerutscht. Die Bürger haben ihr Gold gegen „certificats de civisme“ – Bescheinigungen über ihre vaterländische Gesinnung – hergegeben, die nichts wert sind. Das deutsche Gold ist weg. Es gab noch drei Milliarden, doch die Amerikaner fordern für die Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland Bezahlung in Gold. Sie sind die Herren. Die Deutschen gehorchen, und die drei Milliarden werden über den Atlantik verschifft, auf dessen Grunde das Gros der deutschen und französischen und ein gut Teil der britischen Handelsflotte ruhen.

Gleichviel: es entwickelt sich in Frankreich eine unwiderstehliche Strömung, von Deutschland nicht nur Entschädigung oder Ersatz für das zerstörte oder beschlagnahmte industrielle und landwirtschaftliche Gut zu fordern, sondern ihm die Bezahlung der gesamten Kriegskosten aufzuerlegen. Unverkennbar ist, daß diese Strömung innerpolitische Motive hat: offenkundig wird dies, als der französische Finanzminister Klotz im Februar 1919 eine Besteuerung des Kapitals ins Auge faßt. In der Presse erhebt sich ein Proteststurm. Der „Matin“, auf den Briand Einfluß besitzt, stellt sich an die Spitze einer scharfen Pressepolemik gegen Klotz und produziert die wohlbekannteste Losung: „Le boche paiera“ – der Boche soll zahlen! Es geht darum, Clemenceau Schwierigkeiten zu machen, indem man ihn nötigt, das Unmögliche zu fordern. Aber im Februar haben Tardieu, Loucheur und Klotz ihre Rechnung überprüft. Sie haben mit den britischen und amerikanischen Sachverständigen gesprochen. Sie wissen, daß der französische Anteil an den Reparationen relativ größer ausfallen wird, wenn sie darauf verzichten, von Deutschland

die Erstattung der Kriegskosten zu fordern – die es ja doch nie bezahlen kann⁷. Die Regierungspresse kontert daher: sie legt dar (im „Temps“, im „Petit Parisien“ und im „Homme libre“), daß Frankreich zwar ein „heiliges Recht auf Wiedergutmachung“ habe, eine Art moralischen Prioritätsanspruch, den die Alliierten ihm zubilligen sollen, daß dies die französischen Unterhändler aber nicht dazu veranlassen darf, beliebig viel zu fordern, daß sie sich vielmehr im Rahmen des Vernünftigen und des Möglichen halten müssen. Es bleibt also dabei, daß die französische Forderung sich im Sinne Clemenceaus auf den Rechtsboden der Schuld Deutschlands stellt: es muß Wiedergutmachung für den Angriff leisten, den es unternommen hat: es muß daher zur Tragung der Kosten verurteilt werden.

Das ist die französische Theorie des Friedens, eines Friedens, über den man nicht verhandeln darf, sondern den man dem schuldigen Deutschland auferlegen muß: Deutschland muß verurteilt werden, es muß überwacht werden, es muß zahlen.

2. „Krieg dem Kriege“: Dieser Gedanke kann sich in Versailles aber nicht durchsetzen. Frankreich hat den Krieg nicht allein geführt – Clemenceau wird nicht müde, dies bei jeder Gelegenheit zu betonen. Ende Dezember 1918 versichert er der Kammer, daß ihm alles daran liegt, den Frieden in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten zu schließen, denn man könne den Frieden nicht allein schließen, wenn man den Krieg nicht allein gewonnen habe. Clemenceau wiederholt das vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer, als diese auf Betreiben ihres hitzigen Präsidenten Franklin Bouillon einen ständigen Kleinkrieg gegen ihn eröffnet. Er wiederholt es noch im Juli 1919, als er mehrmals vor dem Friedensvertrags-Ausschuß erscheint⁸.

Was aber wollen die Verbündeten? Vor allem den ewigen Frieden herbeiführen, neue Rechtsgrundsätze aufstellen, eine internationale Rechtsordnung stiften, dem Zustand von Räuberei und Illegalität ein Ende machen, den großen Leviathan des Völkerbundes schaffen – denn es handelt sich nicht nur um ein deutsches, sondern um ein universales Verbrechen, und dieses Verbrechen ist der Krieg.

Die Theorien des guten Apostels Wilson werden zur Streitfrage der französischen Innenpolitik. Bei seiner Landung in Europa wird Wilson unversehens der natürliche Verbündete der Sozialisten. In den Provinzarchiven findet man die Belege dafür, wie Sozialisten und Gewerkschaftler Kundgebungen für Wilson organisierten. Man macht seinen Reiseweg zu einem Triumphzug und veranlaßt, als er sich in Paris niederläßt, immer wieder Petitionen oder Begegnungen. Wilson zeigt sich gern, empfängt die Abordnungen, fördert diese „Bewegung“. Für seine Rom-Reise gilt das gleiche. Überall erscheint er, um zu wiederholen, daß er den Frieden der Völker, nicht der Staaten will. Im Rahmen der sozialistischen Bewegung verbindet sich der Wilson-Mythos mit dem Jaurès-Kult und der mystischen Parole „Krieg

⁷ Diese Auffassung wird von Tardieu in seinem genannten Buch vertreten. Vgl. auch Etienne Weill-Raynal, *Les Réparations allemandes*, Paris 1930.

⁸ Vgl. die Protokolle dieser Kommission: *Archives de l'Assemblée Nationale*.

dem Kriege“. Die Arbeit von Annie Kriegel⁹ zeigt deutlich, daß der Wilsonismus Anfang 1919 das einzige verbindende Moment der verschiedenen Richtungen des französischen Sozialismus ist, der durch das Auftreten des Bolschewismus gespalten worden war. Gegen ihren alten Gegner, gegen Clemenceau, den „ersten flic“¹⁰ Frankreichs, entdecken die Sozialisten einen unverhofften Verbündeten. Sie können gar nicht genug starke Worte finden, um sein Loblied zu singen.

Alle, die eine französische Intervention in Rußland befürchten, alle, die ihre Sympathie für den Bolschewismus bekunden, erwarten von Wilson die Anerkennung der Sowjetregierung. Die Arbeiten von Arno Mayer¹¹ und das Buch des Amerikaners Thompson¹² zeigen deutlich, daß die Bereitschaft, mit den Sowjets zu diskutieren, für Wilson und Lloyd George nicht mit der Absicht gleichbedeutend war, die russische Revolution anzuerkennen, sondern im Gegenteil sie zu ent Waffen, indem man die verschiedenen politischen Richtungen Rußlands am Konferenz-tisch versammelte, um dort eine Demokratie liberalen Stils wiederherzustellen, in der die Bolschewisten ihren Platz, aber einen begrenzten Platz, gehabt hätten. Lenin und seine Freunde waren sich hierüber völlig klar und setzten dem Vorschlag einer Konferenz in Prinkipo eine glatte, mit Sarkasmus gewürzte Ablehnung entgegen. Die französischen Sozialisten aber gaben sich tatsächlich vorübergehend der Illusion hin, daß Wilson und Lloyd George die Revolution anerkennen wollten, was allein die Sturheit Clemenceaus verhindert habe: im Januar 1919 konnte die „Humanité“ nämlich die Antwort des französischen Außenministers Pichon auf den Vorschlag Lloyd Georges veröffentlichen, eine Antwort, die gegen Besprechungen mit den verbrecherischen Bolschewisten entrüstet protestierte. Der „Apostel“ Wilson war für die französischen Sozialisten also nicht allein der Mann, der mit Deutschland jenen Frieden ohne Sieg schließen wollte, von dem sie träumten, sondern vor allem auch der Mann, der mit Lenin reden und der die Bolschewisten zur Konferenz, zunächst von Prinkipo, sodann vielleicht auch von Versailles zulassen würde.

Solche Tendenzen weckten Widerstand bei der französischen Rechten und Besorgnis bei der Mitte. Was zettelten die Verbündeten da an? Die Erklärungen des gerade aus Rußland zurückgekehrten Botschafters Noulens brachten alle Zeitungen: Die Bolschewisten waren Verbrecher. Wahnsinn also, mit ihnen zu reden! Selbst Clemenceau hatte sich zu unvorsichtigen Worten hinreißen lassen: hatte er doch in der Kammer von der „noble candeur“ Wilsons gesprochen! Man hatte jetzt vor, den Präsidenten zu einem Besuch von Reims zu veranlassen, damit er sich auf den Schlachtfeldern von der Größe der Opfer Frankreichs selbst überzeuge. Wilson weigerte sich lange, dorthin zu fahren, damit seine richterliche Objektivität nicht

⁹ A. Kriegel, *Histoire du mouvement ouvrier français 1914–1920*, Paris 1964.

¹⁰ Französischer Spitzname für „Polizist“.

¹¹ Arno J. Mayer, *Political Origins of the new Diplomacy 1917–1918*, New Haven 1959; ders., *Politics and Diplomacy of Peace-making, Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919*, London 1968.

¹² John M. Thompson, *Russia, Bolshevism and the Versailles Peace*, Princeton 1966.

durch zu starke Emotionen beeinträchtigt, damit er nicht „weich“ würde. Diese Attitüde des Schiedsmannes, des souveränen, leidenschaftslosen, ja unparteiischen Richters, verstimmte jedoch die französische Öffentlichkeit, die von ihrem Assoziierten mehr Unterstützung erwartet hatte. Es begann eine Kampagne gegen Wilson in den Blättern der Rechten, namentlich in „Libre Parole“ und im „Echo de Paris“. Man hielt Kundgebungen für angezeigt, um Clemenceau zu stützen, um den „Gesichtspunkt des französischen Friedens“ zur Geltung zu bringen. Die „Comités de la Rive gauche du Rhin“ schlossen sich zu einem „Congrès national Français“ zusammen, unterstützt von den ersten Vereinigungen ehemaliger Frontkämpfer, mehreren antideutschen Verbänden, den Ligen von Elsaß und Lothringen, der „Ligue Maritime et Coloniale“ und sogar der „Ligue de l'Enseignement“. Zweck dieser Manifestation war, den wilsonfreundlichen Kundgebungen der Sozialisten zu begegnen und auf den Präsidenten selbst einzuwirken. Clemenceau ließ diese Manöver zu, ohne sie seinerseits im geringsten zu fördern, vielmehr bereit, sie zu desavouieren oder gar zu verurteilen, falls sie zu weit gingen. Doch die Kundgebungen hielten sich in halbwegs vernünftigen Grenzen, sie begnügten sich damit, auf „restloser Wiedergutmachung“ zu bestehen und lautstark die Rhein-Forderung Marschall Fochs zu vertreten. Die sozialistische Linke tobte gegen solche „imperialistischen Umtriebe“, protestierte gegen den Chauvinismus in der französischen Presse und forderte einen Wilson-Frieden. Und Wilson selbst, der in Rom einen noch mehr exaltierten Nationalismus als in Frankreich kennengelernt hatte, gab keinen Zollbreit Boden preis und verhandelte zäh über die Vergabe der deutschen Kolonien durch den Völkerbund in der (freilich theoretischen) Form von Mandaten. Er vertraute darauf, daß diese neue internationale Institution mit allen Konfliktmöglichkeiten fertig werden würde. Auf welchen Grundlagen aber gedachte er sie zu errichten?

In Frankreich, England und Amerika erhoben sich viele Stimmen, die der geplanten Institution den Charakter einer Art Überstaates, der den Völkern seine Entscheidungen aufzwingen würde, verweigerten. Die Angelsachsen waren gleichermaßen gegen die Bildung einer bewaffneten Landmacht, die der souveränen Kontrolle der nationalen Parlamente entzogen wäre. England erbot sich lediglich, seine Flotte in den Dienst der Völkergemeinschaft zu stellen. Und nur der Franzose Léon Bourgeois plädierte für die Schaffung einer internationalen Armee¹³, die freilich nichts anderes als eine interalliierte Armee sein konnte, Instrument einer Art heiliger Allianz der Sieger. Nunmehr stellte sich für den Völkerbund eine Frage von fundamentaler Bedeutung: Falls man internationale Institutionen und eine internationale Armee schuf, mußte man Deutschland und seine Verbündeten daran beteiligen?

Frankreich und zumal Clemenceau wollten dies um keinen Preis. Aus diesem Grunde zogen sie die Benennung „Ligue des Nations“ der Bezeichnung „Société des Nations“ vor. Sie verstanden unter „Liga“ den Klub der siegreichen

¹³ Man sprach auch von einer „internationalen Gendarmerie“.

Staaten, für unbegrenzte Zeit vereint, um den europäischen Frieden auf Kosten ihrer Feinde aufrechtzuerhalten. In dieser Sicht lief die Schaffung einer internationalen Streitmacht darauf hinaus, einen Teil der alliierten Heere im Dienst zu behalten. Wie die französischen Militärs sagten: die internationale Streitmacht braucht nicht geschaffen zu werden, sie ist da und steht bereits am Rhein.

Von dieser Lösung wollten die Angelsachsen nichts hören. Sie wollten vielmehr so schnell wie möglich demobilisieren und den Kriegszustand beenden. Sie wollten keinen bewaffneten Frieden. Das einzige praktische Mittel, dem Völkerbund einige Effizienz zu geben, bestand also in der Einführung eines Schiedsverfahrens mit Gerichtshof und Direktorium, notwendigerweise unter Beteiligung Deutschlands. Lloyd George und Wilson waren sich in diesem Punkt vollkommen einig. Doch angesichts der Intransigenz der Franzosen – die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hätte den Verzicht auf die Theorie von der deutschen Schuld, also den Verzicht auf die französische Friedenskonzeption bedeutet – schlug Lloyd George folgendes als Übergangslösung vor: Deutschland solle nicht sofort Mitglied des Völkerbunds werden, es müsse zunächst seine friedfertige und demokratische Gesinnung beweisen, würde aber „in the nearest future“, also sehr bald, aufgenommen werden. Man hatte das Gesicht gewahrt.

Niemand in Frankreich glaubte im Jahre 1919 auch nur einen Augenblick an die Wirksamkeit des Völkerbundes. Selbst seine Anhänger auf der Linken, bei den Radikalen und diesen nahestehenden Leuten wie Jean Hennessy, der Fabrikant des berühmten Cognacs, waren von der am 16. Februar veröffentlichten Satzung des Völkerbundes enttäuscht. Sie fanden sie bar jeglicher Effizienz. Die Sozialisten reagierten mit Sticheleien gegen die neue, mit bürgerlichem juristischen Formalismus befrachtete Institution. Was deren Gegner anlangte, so ergingen sie sich in Sarkasmen, beobachteten aber gleichzeitig mit Sorge, wie Lloyd George den Deutschen die Tür des angelsächsischen Tempels bereits halb öffnete. Die „Humanité“ beschuldigte Clemenceau, Wilson an der Realisierung seines Werkes gehindert zu haben. Die Mythologie eines Friedens, der den Krieg unmöglich machen würde, war schon im Februar tot. Dies gab der französischen Forderung nach Sicherheit zusätzliches Gewicht. Um die berühmte Formulierung Jacques Bainvilles zu paraphrasieren: der Friede war schon im Februar zu milde, soweit er hart, und zu hart, soweit er milde war. Die Franzosen konnten nur *den* Teil ihres Sicherheitsprogramms verwirklichen, der ihnen keinen wirklichen Schutz bot, Deutschland aber mit dauerndem Ressentiment erfüllen mußte. Wilson und die Angelsachsen ihrerseits setzten nur den Teil ihres Weltfriedensprogramms durch, der ihnen statt Sicherheit ein Höchstmaß an schwerwiegenden Problemen, mit Frankreich wie mit Deutschland, aufbürden sollte. Die Zukunft des Friedens hing letzten Endes davon ab, ob es zu einer Konfrontation oder zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kam.

3. *Den Weltfrieden herbeiführen*: Da die deutsche Frage nicht gelöst war und nicht gelöst werden konnte, wie sollte man hoffen, die Welt zu befrieden? Es bedurfte

der puritanischen Missionsidee Wilsons, um überzeugt zu sein, daß der Glaube alle Probleme lösen würde. Zudem wurde diese Mission von den französischen Katholiken und Ultramontanen grundsätzlich abgelehnt, weil sie Anstoß daran nahmen, daß ein Protestant sich unterfing, der Menschheit den Frieden zu bringen, wo doch dies vornehmlich Gott zukam. In der theokratischen Ideologie der Zeitung „Croix“ von 1919 findet denn auch immer wieder der Gedanke Ausdruck, daß es nur dem Papst zustehe, ein gültiges Schiedsgericht zwischen Kriegführenden einzusetzen. Sarkastisch verurteilt François Mauriac im „Gaulois“ Wilson mit seinem Traum vom Frieden auf Erden. Es gibt nur den Seelenfrieden. Man muß Gott überlassen, was Gottes ist: „Es wundert mich“, so erklärt François Mauriac, „daß hervorragende Geister ein Geschrei über Wunder erheben, weil Herr Präsident Wilson in den letzten drei Monaten eine Art von überweltlichem Richteramt ausgeübt hat! Wie naiv anzunehmen, daß dieses vierjährige Blutbad nach den gewöhnlichen Spielregeln der Diplomatie beendet werden könnte! Nach einem solchen Martyrium mußten die Völker nach einem suchen, der die Arme ausbreitet. Ihre hilfeheischende Geste machen sie instinktiv wie zu der Zeit, da der Völkerbund sich noch Christenheit nannte. Kein Zweifel, daß jener edle Verbündete, als religiöser Mensch und Angehöriger einer bestimmten Religion, sich dieser Art Priestertum bewußt war. . . . Doch die Prinzipien Wilsons ähneln einem kostbar gemeißelten Schlüssel, der zu keinem Schloß paßt. . . . Anscheinend hat er selbst seine Zuversicht verloren. Jene, die einen Propheten aus ihm machen wollten, können heute nur mit Mühe ihre Enttäuschung verbergen. Mit Verwunderung erkennen sie in ihm plötzlich nur mehr einen ausgezeichneten Politiker, dem die Vereinigten Staaten in einem Augenblick weltgeschichtlicher Verwirrung nicht ohne Grund ihr Geschick anvertraut haben.“

„Ein ausgezeichnete Politiker“ – viele Franzosen erblickten in Wilsons Anspruch, ewigen Frieden stiften zu wollen, ein gut Teil amerikanischer Geschicklichkeit¹⁴. In der Tat führte Wilson seinen Kampf von zwei wesentlichen Prinzipien aus: dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung und dem Recht auf Handelsfreiheit, auf „offene Tür“.

Tatsächlich hatten die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht beträchtliche Erfolge erzielt: für die ehemaligen deutschen Kolonien galt der Grundsatz der offenen Tür, desgleichen für China und den Hauptteil des Pazifik, wo die USA es nur mehr mit der Konkurrenz Japans zu tun hatten. Die Öffnung des deutschen Marktes war ihnen ebenso gesichert wie die des Marktes einer ganzen Reihe weiterer europäischer Länder. Überdies waren die Vereinigten Staaten und – in etwas geringerem Grade – England die einzigen, die kraft ihrer Handelsflotte den Handel in weltweitem Rahmen wiederaufnehmen konnten. Wenn Wilson sich anheischig machte, die Schranken der alten europäischen Zollgesetze zu beseitigen, worin Léon Jouhaux und die französischen Gewerkschaften ihn unterstützten, so handelte er fraglos im Interesse seines Landes. Da es an jeder franzö-

¹⁴ Dies die Auffassung von Jacques Bardoux, politischem Berater von Marschall Foch.

sischen Wirtschaftspresse, die eine solche Bezeichnung verdient hätte, fehlte, so ließ die französische Öffentlichkeit diesen Aspekt außer acht; doch stand, wie Pertinax sagte, der Idealismus eines Wilson bestimmt nicht im Widerspruch mit dem Handelsgeist des Manchestertums.

Das zweite Kampffeld des Präsidenten, die nationale Selbständigkeit der ost-europäischen Staaten, sollte ihm die größten Mißlichkeiten bescheren. Trotz seines guten Willens, die jungen Völker Europas zu befreien, trotz aller Kompetenz und der besten Absichten jener Armee von Sachverständigen, die Wilson auf der „George Washington“ mitgebracht hatte, sollte ihm Schrecken einflößen, was Lloyd George im April „die kleinen Raubstaaten“ nannte.

Wie konnte man die Tschechen mit den Polen einigen, wie die Ungarn mit den Rumänen, die Belgier mit den Holländern, die Italiener mit den Jugoslawen? Wie konnte man sich im Orient einschalten, wo der britische Imperialismus, vertreten durch Lord Allenby und gestützt auf sein Alibi in Gestalt des Königs Feisal, die schwachen französischen Heereseinheiten aus Syrien verdrängte? Wie sollte man die Italiener, die Griechen und auch noch die Armenier davor bewahren, in der Türkei, auf den Trümmern des Osmanischen Reiches, einander zu zerfleischen? Wie die Engländer daran hindern, Persien ihr Protektorat aufzuzwingen und ihre Herrschaft über Ägypten aufrechtzuerhalten, wie die Franzosen daran, Cilicien zu begehren, wo die Handelskammern von Marseille und Lyon ein phantastisches Baumwoll-Wunder erspähten? Wie endlich verhüten, daß die Franzosen und die Engländer über Mossul in Streit gerieten? Und wie konnten die Vereinigten Staaten anderen den Verzicht auf Interessenpolitik predigen, nachdem sie selbst der Erpressung Japans nachgegeben hatten? Um in Schantung das Erbe Deutschlands antreten und in aller Ruhe Nordchina ausbeuten zu können, hatte Japan – und mit wieviel Anstand! – seinen Abänderungsvorschlag zum Prinzip der Rassengleichheit in der Völkerbundssatzung zurückgezogen, dessen Annahme ihm erlaubt hätte, in aller Ruhe seine Einwanderung in das pazifische Küstengebiet der USA zu organisieren. Nein, Wilson konnte seinen Verbündeten keine Lehren über Verzicht auf Interessenpolitik erteilen, und die Opposition im amerikanischen Senat hatte ihm dies deutlich genug zu verstehen gegeben.

Dieser verlorene Friede war zuerst in Amerika „verloren“, wo die Opposition im Senat murrte und wo die isolationistische Strömung unwiderstehlich wurde¹⁵. Er war aber auch in Europa verloren, wo man sich im Mai fragen konnte, wer den Frieden von Versailles unterzeichnen würde. . . . Die Italiener hatten wegen Fiume die Tür zugeschlagen und waren abgereist, von Wilson gleichsam öffentlich exkommuniziert. Orlando sollte nach seiner Ankunft in Rom sein Amt verlieren. Die Deutschen unterzeichneten nur unter der Drohung mit Gewalt und fochten im Namen des Wilsonismus den Frieden an, den Wilson so gut als möglich gemacht hatte. Wenngleich die Ratifizierung des Vertrages in Frankreich und England kein Problem war, so gab die Haltung des amerikanischen Kongresses doch

¹⁵ Vgl. F. Debyser, *La paix de Versailles et le Sénat américain*, Paris 1934.

zu den größten Besorgnissen Anlaß. Ohne die Unterschrift der USA, ohne das revolutionäre Rußland und ohne Deutschland sah sich der zwecks schiedsgerichtlicher Lösung der Weltprobleme geschaffene Völkerbund zu einem kleinen europäischen Klub reduziert, an dem manche nichteuropäische Mächte womöglich sehr bald ihr Interesse verlieren würden. Der große Traum Wilsons war tot, und seine geplante Rundreise durch die Staaten, um durch Konferenzen und Reden das Volk für seine Ideen zu gewinnen, konnte lediglich noch auf Wiederbelebungsversuche an einer Politik hinauslaufen, die in Enttäuschungen geendet hatte. Es war im Mai 1919 offenkundig, daß die Versailler Bevollmächtigten der Welt nicht den ewigen Frieden gebracht hatten, auch nicht wie manche behaupteten, Frieden für hundert Jahre.

II. Die politischen Folgen des Friedens für Frankreich

Der Versailler Vertrag ist vom französischen Parlament sehr schnell angenommen und im ganzen auch von der öffentlichen Meinung gebilligt worden, weil diese richtig erkannte, daß, wenn Clemenceau nicht mehr hatte herausholen können, dies daran lag, daß er nicht allein verhandeln konnte. Es gab gegen den Vertrag keine andere beachtenswerte Opposition als die, welche seit 1917 einen Kleinkrieg gegen Clemenceau führte, sei es aus persönlicher Ranküne, sei es aus Gründen innerer Politik.

Es sind jedoch einige beispielhafte Reaktionen auf den Versailler Frieden zu verzeichnen, die für die politische Zukunft Frankreichs von Bedeutung waren.

Bei der ersten handelt es sich um eine Opposition von links. Bekanntlich waren die Sozialisten die einzige Gruppe von Gewicht, die gegen den Vertrag gestimmt hat. Mehrheit und Minderheit der Partei beurteilten aus unterschiedlichen Gründen den Versailler Frieden als imperialistisch. Sie wandten sich gegen die Regelung der Saarfrage, protestierten gegen die territorialen Amputationen, deren Opfer Deutschland geworden war, und bezeichneten die ihm auferlegten Reparationen als übermäßig. Ohne den Propheten Wilson des Verrats zu bezichtigen, bedauerten die Sozialisten doch, daß er sich hatte manipulieren lassen. Doch das Hauptgravamen der Jaurésianer war, daß dieser Friede dem Krieg keinen Schlußpunkt setzte, daß er vielmehr eine neue Abfolge von Konflikten und Gewalttätigkeiten eröffnete, und daß der Völkerbund ein leerer Rahmen war. So die Auffassung von Sembat und Marcel Cachin.

Im Juni 1919 isoliert – da die Radikalsozialisten sich im allgemeinen Clemenceau wiederangeschlossen hatten –, sollten die Sozialisten im Laufe der Jahre für ihre Auffassung immer zahlreichere politische Kräfte gewinnen, zunächst bei der pazifistischen und caillautistischen Linken, dann bei der gesamten radikalen Linken. Eine Völkerbundsideologie europäischer Tendenz begann sich zu entwickeln, derzufolge man den Vertrag nahm, wie er war, aber sich bemühen wollte, die schiedsgerichtlichen Verfahren und Institutionen in Tätigkeit zu setzen und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund den Weg zu ebnen. Diese Politik der Wiederher-

stellung des Friedens in Europa in Verbindung mit dem Völkerbund sollte in Briand einen Leiter, eine Stimme und eine Seele finden.

Doch die zweite Opposition, die sich gegen den Vertrag geltend machte, sollte eine ebenso augenfällige Zukunft haben. Sie kam von rechts. Die Rechte war keiner Voreingenommenheit gegen Clemenceau verdächtig. Selbst die äußerste Rechte hatte ihn seit 1917 ständig unterstützt. Wenn sie den Vertrag kritisierte, so geschah es vom Standpunkt der Sicherheit Frankreichs aus. Neben Jacques Bainville, dessen in mancher Hinsicht technische Kritik am Versailler Frieden zur Genüge bekannt ist, erhoben sich besonders zwei Stimmen, die den Vertrag verurteilten und eine düstere Zukunft prophezeiten.

Zunächst sei Charles Maurras genannt, der in der „Action Française“ vom September 1919 schrieb: „Es ist weder ein Krieg für Gewinn noch für Ruhm, den Deutschland in diesem Augenblick vorbereitet, sondern ein Krieg der Not, der Rettung, der Befreiung. Man hat ihm zu wenig weggenommen, um es ohnmächtig zu machen, man hat ihm zuviel weggenommen, als daß es sich beruhigen könnte oder die Waffen ablegen würde. Das abgemagerte deutsche Volk von 1919 und 1920 ist aber ein ganz anderes als das gemästete von 1914. Der Vertrag stellt keine Sicherung dar, sondern läuft auf bloße Defensive hinaus, und die deutsche Kraftentfaltung kann obsiegen, wenn sie gut geführt wird. Bei der vitalen Bedeutung dieser Kraftentfaltung für Deutschland, bei der Geistesverfassung Englands, Frankreichs und Amerikas, bei der Verärgerung der anderen Verbündeten und der allorts wachsenden Kriegsscheu darf man grundsätzlich annehmen, daß das erste Volk, dem der Krieg keine Furcht einflößt, über alle Koalitionen und Verträge wird lachen können.“ Zweifellos hat sich Maurras in seinen Voraussagen getäuscht, wenn man das Deutschland der zwanziger Jahre bedenkt. Täuschte er sich aber auch über das Deutschland der dreißiger Jahre?

Auch der zweite Einspruch kam von rechts, und zwar von Louis Marin, Mitglied des Haushaltsausschusses der Kammer, Deputierter für Nancy, ostfranzösischer Abgeordneter also wie Poincaré. Die Rede, die Louis Marin gegen den Vertrag hielt¹⁶, war die einzige ernsthafte parlamentarische Stellungnahme gegen den Vertrag. Was vermißt Marin an diesem? Daß er Frankreich nicht die nötigen Reparationen verschafft, daß er ihm nicht die Sicherheit bietet, auf die es ein Recht hat. Als einziger stimmt Louis Marin unverwandt gegen den Vertrag, sowohl in der Kommission für die Friedensverträge, der er angehört, als auch bei der Kammerdebatte im Oktober darauf. Ist dies 1919 noch eine isolierte Stellungnahme, so erlangt sie ab 1920 Bedeutung, denn es gewinnt den Anschein, daß sie den Gefühlen des Präsidenten der Republik, Raymond Poincaré, entspricht. Ist das der Ausgangspunkt eines französischen nationalen Revisionismus?

Poincaré verwahrte sich in den zahlreichen Artikeln, die er ab 1920¹⁷ und bis 1922 publizierte, sehr dagegen, Revisionist zu sein. Er hütete sich, Clemenceau vor-

¹⁶ Vgl. seine Schrift: *La paix de Versailles*, Paris 1921.

¹⁷ Vgl. besonders die „Chronique de la Quinzaine“.

zuwerfen, daß er nicht mehr erreicht hat. Er plädierte vielmehr dafür, zwar den Vertrag zu akzeptieren, wie er ist, dabei aber seine restlose Durchführung von Deutschland zu fordern. Diese Tendenz sollte das politische Leben Frankreichs bis 1926 beherrschen. Die große Frage ist, ob der feste Wille der französischen Regierung allein ausreicht, um Deutschland eine harte Auslegung des Versailler Vertrages aufzuzwingen. Frankreich hat den Frieden nicht allein ausgehandelt, kann es allein *seine* Interpretation durchsetzen? Die Besetzung des Ruhrgebiets und ihr Fehlschlag geben eine ausreichende Antwort auf diese Frage. Was Poincaré betrifft, so nimmt er die ihm damals erteilte Lektion an: Als er 1926 – zwei Jahre nach dem Wahlsieg der Linken von 1924 – wieder zur Macht gelangt, nimmt er Aristide Briand, den Mann des Völkerbundes, der 1925 den Vertrag von Locarno unterzeichnet hat, zum Minister des Auswärtigen. Die Postkarte mit dem gegenseitigen Händedruck Briands und Poincarés wurde in Deutschland in mehreren Tausend Exemplaren verkauft. Aus den Trümmern von Versailles wagte sich ein neues Europa hervor. Sieben Jahre der Prüfungen und politischen Kämpfe hatte es in Frankreich bedurft, damit sich diese Politik durchsetzte. Denn es blieb 1926 so wahr wie schon 1919, daß der Friede allein aus einer unmittelbaren, grundlegenden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erwachsen konnte. Als diese Verständigung einige Jahre später in Frage gestellt wurde, war der in Versailles mühselig geschaffene Weltfriede erneut bedroht.